

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa,  
Fennruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden  
Circulasse Riesa Nr.

Nr. 207.

Donnerstag, 4. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Mellemzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife, Bewilligung Rabatt teils, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nützliche Unterhaltungsbeilage „Witzblätter an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bauer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Völkerbundstagung in Genf.

### Schutz der Minderheiten und Internationaler Gerichtshof.

Genf. Die wichtigste Rede bei der gestern begonnenen Tagung über den Völkerbund hielt der englische Delegierte Lord Curzon. Er sprach über die Frage des Minderheitenschutzes, die Murray in jedem Jahre vor der Versammlung und in den Kommissionen einander zu behandeln pflegt. Er ging zuerst auf die Schwierigkeiten ein, die sich daraus ergeben, daß der Grundgedanke des Minderheitenschutzes durch die Forderung durchkreuzt wird, daß kein Staat in die Befehle eines anderen sich einmischen darf. Für die neu gegründeten oder befreiten Staaten sei die Aufgabe des Minderheitenschutzes besonders schwer. Im allgemeinen sei das Völkerbundsverfahren für den Minderheitenschutz reibungslos angewendet worden, aber er habe doch eine Anregung in der Frage der deutschen Minderheiten in Polen vorgebracht, die nach dem Völkerbundsverfahren im allgemeinen Verfahren gelöst sei, die aber nichtsofortiger Art zu allzuviel unklaren Reibungen Anlaß gebe. Das liege daran, daß der Völkerbund nach dem gegenwärtigen Verfahren immer erst eine Verleumdung des Minderheitenvertrages abwarten muß, bevor er die Schulden vor sich berufen kann. Demgegenüber möchte er anregen, daß Staaten, die in Minderheitenangelegenheiten Schwierigkeiten haben, aus eigener Initiative das Gutachten des Rates einholen.

Die zweite wichtige Rede der Sitzung hielt, von starkem Beifall begleitet, Nansen, der vor allem behauptete, daß der Völkerbund nicht von der Lässigkeit des Internationalen Ständigen Gerichtshofs enthalte, worauf der Präsident des Völkerbundsrats Dromi erklärte, daß der Ständige Gerichtshof ein autonomes Organ sei, das nicht vom Völkerbundsrat abhängig, daß er aber den Gerichtshof bitten werde, künftig zunehmende Darlegungen über seine Tätigkeit der Versammlung zu übermitteln. Ebenso erinnerte Nansen daran, daß der Völkerbund sich über die Verhältnisse in den Mandatsgebieten zu gehen und trat besonders eindringlich für den obligatorischen Charakter der Schiedsgerichte ein, vor allem unter Bezugnahme auf die somalische Haltung, die auch Amerika dem Schiedsverfahren gegenüber einnehme.

Genf. Die Nachmittags-Sitzung der Völkerbundversammlung, an der der belgische Ministerpräsident Thunis teilnahm, mußte nach kaum 15-minütiger Dauer geschlossen werden, da nur zwei Redner Brocoppe-Finnland und Garuwal-Albanien eingeschrieben waren.

### Heute große Debatte über den Garantiepakt.

Die Debatte am Donnerstag und Freitag wird ausschließlich der Sicherheits- und Garantiefrage gelten. Macdonald ergriff vormittag um 11 Uhr das Wort. In der englischen Delegation naheliegendermaßen hört man, daß er kein System der Sicherheit und Garantie vor allem auf dem Schiedsgerichtsweg aufbauen wird. Herrriot wird voraussichtlich seine Rede erst am Freitag vormittag halten.

### Herrriot und Macdonald zum Sicherheitsabkommen.

Genf. (Funkdruck.) Ministerpräsident Herrriot empfing gestern Journalisten, denen er erklärte, was den amerikanischen Vorschlag über ein Sicherheitsabkommen betreffe. So habe er ihn geprüft und mit amerikanischen Delegierten besprochen, und er hoffe, die Verhandlungen mit ihnen fortzusetzen. Über seine Rede am kommenden Freitag in der Völkerbundversammlung sagte Herrriot, ich werde die allgemeinen Gedanken der französischen Delegation vortragen und die Delegation, die nach meiner Abreise hier bleibt, wird die Fragen dann weiter bearbeiten. Unsere Reden können nur allgemeine Anregungen geben. Frankreichs Wunsch ist es, mit gutem Willen und im Geiste der Veröhnung

### Kein französischer Botschafterwechsel.

Paris. Dem „Intransigeant“, der sich an zuverlässiger Stelle erkundigt hat, ob die Nachricht auswärtiger Zeitungen von einer bevorstehenden Neubesetzung der französischen Botschaften in Berlin, London und Rom richtig sei, ist mitgeteilt worden, daß in amtlichen Kreisen von einer solchen Veränderung niemals die Rede gewesen sei. Die Meldungen eines Berliner Blattes, daß der deutsche Gesandte Loeb in Lugernberg in den Rubelstand treten werde und daß der deutsche Geschäftsträger v. Schön im Augenblick dem griechischen Minister des Auswärtigen einen Besuch abgestattet habe, wobei ihm Mitteilung von der Absicht der griechischen Regierung zur Errichtung einer griechischen Handelskammer in Berlin gemacht sei, treffen nach Auskunft von zuständigen Stellen nicht zu. Herr Loeb bleibt vorläufig auf seinem Posten. Herr v. Schön befindet sich zur Zeit auf Urlaub in Vapera.

### Hochwasser im Ruhrgebiet.

Essen. Die Ruhr ist an mehreren Stellen über ihre Ufer getreten und hat weite Flächen überschwemmt. Einige Weidwerke bei Ueberbrue werden bereits von den Wassermassen umspült. Die Kartoffel- und Getreideernte ist gefährdet.

das in London beoamene Werk fortzusetzen. Auf die Frage deutscher Pressevertreter, ob Herrriot Deutschlands Eintritt im Interesse Europas für wünschenswert halte, erklärte der Ministerpräsident, diese Frage sei verknüpft und er wünsche vorsichtig zu sein. Eine solche Frage könne man erst am Ende der Konferenz beantworten. Auch seien in Deutschland Kundgebungen erfolgt die ihm kein Veranlassen bereiteten. Die mit großer Zurückhaltung geäußerte Erklärung Herrriots, die den meisten Fragen vorsichtig antwortete, machte im allgemeinen den Eindruck hinterlassen, daß ein Ergebnis der englisch-französischen Verhandlungen und auch der amerikanischen Einwirkungen auf die Sicherheitsfrage bis jetzt nicht vorliegt und auch in den beiden Reden der Ministerpräsidenten am Donnerstag und Freitag kaum endgültig zum Ausdruck kommen dürfte.

Paris. (Funkdruck.) Wie der Sonderberichterstatter des Ratin aus Genf meldet, erklärte gestern Abend Herrriot Journalisten gegenüber folgende Äußerung: Willen Sie sich nicht ein, daß eine derartige Sache wie die Abrüstung durch zwei Reden erledigt werden könnte. Man wird arbeiten müssen, aber man kann, da bei den Verhandlungen unter Wille vorhanden ist, hoffen, daß wir nach der ersten Sitzung von London auch die zweite, die von Genf, zu verzeichnen haben. Das ist auch die Ansicht von Thunis, der in Genf angekommen ist und mit dem ich mich soeben unterhalten habe.

Macdonald empfing gestern Abend Pressevertreter aller Länder. Die unangenehmen Mitteilungen bewegten sich in folgender Richtung: Das Problem der Sicherheit sei außerst schwierig. Es müsse zunächst ganz genau festgelegt werden, was unter Sicherheit zu verstehen sei und die Frage auf ihre wahren Dimensionen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens zurückzuführen werden. Der Völkerbund, der die größte Friedenshoffnung sei, dürfte dabei nicht gefährlichen Prüfungen ausgesetzt werden. Macdonald erklärte das Wesen der Friedensgarantie im Hinblick auf die Schiedsverfahren, das der einzige Weg für die Sicherheit der Völker sei. Er hofft auf den Beitritt Deutschlands und Russlands zum Völkerbund. Die Ausführungen Macdonalds trugen durchweg eine stark pessimistische Note, gleichzeitig riefen auch seine Darlegungen den Eindruck hervor, daß Macdonald noch mit langwierigen Sachverständigen- und Kommissionsarbeiten rechnet.

### Meinungsverschiedenheiten um die Sicherheitsfrage.

London. (Funkdruck.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, ein hervorragendes Mitglied der Völkerbundversammlung habe die Ansicht geäußert, daß hinter den Meinungsverschiedenheiten wegen des Vates gegenwärtiger Unternehmung ein Kampf zwischen zwei entgegengesetzten Auffassungen über den Völkerbund im Gange sei und zwar ein Kampf um eine politische und eine juristische Auffassung. Die politische, die von Frankreich unterstützt werde, erkläre Frankreichs fortgesetzte Bemühungen, Machtbefugnissen des Völkerbunds gegenüber denen des Weltgerichtshofes im Haag den Vorrang zu geben. Die kleineren Nationen, unterstützt von Amerika, öffentlicher Meinung, neigten zu dem anderen Wege, wonach der Weltgerichtshof im Haag der oberste Schiedsrichter in irgend welchen Streitfällen sein soll, die zu internationalen Konflikten führen könnten. Die letztere Auffassung werde sicher liegen, gleichviel ob Amerika außerhalb des Völkerbunds bleibe oder nicht, denn Republikaner wie Demokraten seien in gleicher Weise entschlossen, ihre Gegenläufigkeit bei der Behandlung von Konflikten durch schiedsrichterliche Entscheidung auszusprechen. Der Berichterstatter begründet es, daß anstelle der früheren ägdernden und unklaren Haltung Großbritanniens seit dem Amtsantritt Macdonalds die rückhaltlose Zustimmung zu diesem Gedanken getreten ist.

### Die britische Industrie und der Dawesplan.

London. Wegen der Bedauptung, daß die Ausführung des Dawesplans nachteiligen Einfluß auf die britische Industrie ausüben werde, hat Macdonald, „Daily Herald“ zufolge, beschlossen, eine Kommission bestehend aus je einem Arbeitgeber und einem Mitglied der Gewerkschaftsvereinerung für jeden der wichtigsten Industriezweige zu ernennen, um den Einfluß feststellen zu lassen, welchen die Ausführung des Dawesplans auf die britische Industrie haben würde.

### Die französischen Herbstmanöver.

Nach Pariser Meldungen werden sich die großen französischen Herbstmanöver vollzähnd auf deutschem Gebiete abspielen, nämlich im Saargebiete und im besetzten Gebiete. Den Manövern soll folgende Aufgabe zugrunde liegen: An dem südlichen Teil einer Kampffront sind zwei Armeen, eine rote und eine blaue, in Fühlung. Beide Armeen verfügen über wichtige Stützpunkte in Nancy und Metz. Die blaue Armee greift die rote an, um den Feind auf die Haardt zurückzudrängen. Allein auf der einen Seite nehmen mehrere hundert Flugzeuge teil. Das 20. Korps muß zur Durchführung der Offensive lange Nachmärche machen, um gegen die feindliche Stellung zu sein. Nach dem Tempus sind die Manöver ausdrücklich auf einen neuen deutsch-französischen Konflikt ausgelegt.

### Der Abbau der Zollkontrolle.

Düsseldorf. Die Industrie- und Handelskammer in Düsseldorf hat mit der Direktion der Nicum und der Zollbehörde in Düsseldorf über die Frage des Abbaus der Zollkontrolle verhandelt und gibt über den heutigen Stand dieser Frage folgendes Bild:

Warenverkehr mit dem unbesetzten Gebiet. Die Finanzsolllinie fällt in der Nacht vom 9. zum 10. September. Von da ab hört die Erhebung von Zöllen und Abgaben auf. Zu- und Abfuhrbewilligungen sind nicht mehr erforderlich.

Warenverkehr mit dem Ausland. Vom 10. September ab werden Ein- und Ausfuhrbewilligungen im altbesetzten Gebiet durch das Ein- und Ausfuhramt in Bad Ems, im neubesetzten Gebiet durch das Ein- und Ausfuhramt in Düsseldorf erteilt. Die übrigen Bewilligungsämter werden aufgehoben. Später — vom 22. September ab — werden die Bewilligungsämter in Bad Ems und Düsseldorf die deutschen Ein- und Ausfuhrbewilligungen und Tarife an die Heberanstalt an die deutsche Verwaltung erfolgt spätestens am 20. Oktober 1924.

### Baierleistungen im besetzten Gebiet.

Münch. Das französische Vahbüro hat gestern nachmittag seine Tätigkeit mit der Begründung eingestellt, daß von jetzt an nur noch deutsche Ausweise für den Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet erforderlich seien.

### Die Erstattung der 26-prozentigen englischen Reparationsabgabe.

Nach Pressemitteilungen soll die auf Grund des Reparations-Recovery Act zu erhebende Abgabe von 26 Prozent vom 9. September 1924 an in der gleichen Weise wie bis zum Herbst 1923, nämlich in der den Exporteuren erhaltet werden. Es ist zu bezweifeln, daß die Erstattung in Form von E-Schaganweisungen, die ja zu den größten Bedenken und Einwendungen Anlaß gab, damit wegfällt und daß die Regierung zur Vereinfachung zurückzuführen beabsichtigt. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß diese Vereinfachung auch unverzüglich erfolgt, denn geschieht das nicht, so wird die Industrie durch die deutsche Regierung bezogen, den Reparations-Agenten praktisch zu einer Kreditgasse an die deutsche Regierung gezwungen, eine Folge, die ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem englischen Markt angesichts der besseren Finanzlage ihrer ausländischen Konkurrenten wesentlich beeinträchtigen muß. Auch ist zu bedenken, daß der englische Kunde alle Eingriffe in die Beziehungen zu seinen deutschen Lieferanten unliebsam empfindet und Geschäfte, die durch solche Eingriffe der Regierung erschwert werden, möglichst vermeidet, wenn er von anderer Seite ohne solche Realisationserschwerungen die Ware in derselben Qualität beziehen kann. Rückzahlungsschwierigkeiten an den deutschen Lieferanten, bürokratische Verzögerungen bei der Einhebung der 26 Prozent durch die englischen Behörden, würden also praktisch einer Einfuhrerleichterung oder einem einseitigen gegen deutsche Waren wirkenden Schutz gleichkommen.

Der Verband sächsischer Industrieller hat sich daher für eine Klärung und für die unverzügliche Rückzahlung der eingedehnten Beträge eingesetzt, hat außerdem der Regierung zur Erwägung gegeben, von der Einziehung der Beträge von den einzelnen Sendungen überhaupt zugunsten einer Pauschalierung abzusehen, etwa dazuzusetzen, daß von der festgestellten Einfuhrsumme die 26 Prozent berechnet und ohne daß der englische Kunde oder der deutsche Lieferant direkt davon betroffen würde, eine Verrechnung mit der deutschen Regierung und dem Reparations-Agenten vorgenommen wird.

Außerdem ist zu erwägen, ob nach der jetzigen Regelung der Reparationsfrage nicht eine andere als die bisherige ungenügende und langfristige Einlösung von E-Schaganweisungen durchzuführen ist. Die Industrie kann bei der gegenwärtigen Kapitalnot nicht auf die für E-Schaganweisungen festliegenden Beträge verzichten.

### Auch Dänemark hat Angst vor der deutschen Konkurrenz.

Kopenhagen. In Dänemark befürchtet man, daß jetzt, wo Deutschland sich gewissermaßen mit der Entente geeinigt hat und die amerikanische Dollaranleihe vor der Tür steht, ein ungeahnter Aufschwung der deutschen Industrie und damit eine Ueberproduktion der deutschen Waren eintreten wird. National Tidende meint, daß besonders die Erzeugnisse der Eisen-, Leder- und Textil-Industrie das nicht sollgeschützte Dänemark überschwemmen werden. Von diesem Gesichtspunkte aus hat der dänische Industriekongress seine Mitglieder heute zu einer Sitzung zusammengerufen, wo die Frage, wie die dänische Industrie gegen das deutsche Dumping zu schützen sei, erörtert werden soll. Wahrscheinlich wird der Industriekongress sich danach an die Regierung wenden und um Schutz gegen den deutschen Export nach Dänemark ersuchen.